

Kirchenmitgliedern aufgebracht werden.

Den SPD-Abgeordneten wurde zugesagt, ihre Bedenken würden „im Rechts- und Verfassungsausschuß gewiß näher geprüft werden“ — so CSU-Abgeordneter Dr. Wilhelm Vorndran. Notfalls werde man vor den bayrischen Verfassungsgerichtshof gehen.

Für greise Bischöfe zahlen müßte der Freistaat Bayern allerdings auch, wenn Pensionen nicht Rechtens wären. Denn bayrische Kirchen-Praxis ist es seit langem, gealterte Oberhirten mit vollen Bezügen de jure im Amt zu lassen und das Bistum de facto von einem Koadjutor regieren zu lassen, der vom Staat etwa wie ein Bischof bezahlt werden muß.

Daß die katholische Kirche, die in Bayern alljährlich 300 Millionen Mark Kirchensteuer einnimmt, das Geld für

Lohn- und Gehaltstarifen fordert die Gewerkschaft den Abschluß individueller Firmen-Tarifverträge.

Das „entschlossene Nein“, auf dem die Industrie „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ (Arbeitsring) beharren will, zielt auf den Frankfurter Bezirksleiter der IG Chemie, Franz Fabian, 44. Denn der Vorsitzende des Provinzbezirks, in dem 86 000 von insgesamt 650 000 Arbeitnehmern der Chemischen Industrie beschäftigt sind, will die von vielen Gewerkschaftlern geforderte betriebsnahe Tarifpolitik durchsetzen.

Fabian, einst selbst Hilfsarbeiter der Chemischen Industrie („Ich kenne das Akkordsystem da — grauenhaft“), nutzte die nach Kündigung des alten Tarifvertrages notwendig gewordenen neuen Verhandlungen dazu, mit einem alten Brauch zu brechen.

Anspruch auf das dadurch erreichte Effektiv-Einkommen besaßen die Arbeitnehmer nicht. Zwar pflegten die großen Chemiekonzerne mit dem Betriebsrat über die Firmenzugaben sogenannte Betriebsvereinbarungen abzuschließen, stets aber wurde dort vermerkt, daß die Zugaben gestrichen werden könnten, wenn sie angesichts der allgemeinen Geschäftslage nach Meinung des Managements nicht mehr am Platze seien.

Wie schmerzlich dieser Mangel an rechtlicher Garantie ist, mußten in der Rezession Tausende von Arbeitnehmern erfahren. Sie verloren teilweise ein volles Viertel ihrer Einkommen, weil die Firmenbosse die übertariflichen Zulagen köpften.

Auf diese „Manipuliermasse“ (Fabian), die in den Großbetrieben der hessischen Chemischen Industrie bis zu 50 Prozent, im Schnitt 30 Prozent der gegenwärtig effektiv gezahlten Löhne und Gehälter ausmacht, hat es der Frankfurter Gewerkschaftschef abgesehen. Fabians Ziel: „Wir wollen so viel wie möglich von dem, was jetzt über Tarif gezahlt wird, in Tarifverträgen einfangen.“

Daher übermittelte er dem zur neuen Lohnrunde angetretenen Arbeitgeber zwei Forderungen. Zunächst verlangte er einen neuen allgemeinen Tarifvertrag mit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 65 Pfennig je Stunde sowie mindestens 130 Mark höheren Gehältern für die Angestellten. Darüber hinaus aber will er mit den neun Großfirmen der hessischen Chemie Betriebstarife mit individuell bemessenen, höheren Sätzen abschließen.

Die Unternehmer reagierten böse. Dem Gewerkschaftler Fabian werfen sie vor, er rüttelte an den Grundfesten „der betrieblichen Sozialpolitik“ und „unserer gesamten Gesellschaftsordnung“ (Arbeitsring). Denn die Gewerkschaftsforderung ziele darauf ab, die neun Großbetriebe, in denen 50 000 der 86 000 hessischen Chemiebeschäftigten tätig sind, aus der Arbeitgeber-Koalition herauszuberechnen und das einzelne Unternehmen „der geballten Gewerkschaftsmacht“ (Arbeitsring-Sprecher Preller) auszuliefern. Es sei sein grundgesetzlich verbrieftes Recht, mit Gleichgesinnten zu koalieren und — unter dem Verbandsdach vereint — jeden Angriff auf ein einzelnes Verbandsmitglied abzuwehren.

Fabian und sein Anhang erwiderten, die Forderung nach Abschluß von Firmenverträgen, etwa mit den Chemie-giganten Farbwerke Hoechst und der Glanzstoff AG, verstoße keineswegs gegen die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit. Fabian: „Wir sind durchaus bereit, mit dem Chemie-Verband den Firmenvertrag für beispielsweise die Degussa abzuschließen, wenn die Degussa den Verband dazu autorisiert.“

Am Dienstag kommender Woche stehen die nächsten Schlichtungs-Verhandlungen an. Sollten sie endgültig scheitern, so der IG Chemie-Sprecher Dr. Schmidt, „wären wir ab Mitte Mai kampffähig“.



Industriekurier

Sonderbehandlung

den Lebensabend ihrer Bischöfe selber zahlen könnte und sollte, leuchtet Döpfners Rechts-Prälaten Dr. Heinrich Eisenhofer nicht ein.

Für Eisenhofer sind Kirchensteuer und Staatspensionen „zwei verschiedene Dinge“.

GEWERKSCHAFTEN

LOHNPOLITIK

Frei im Mai

Die Reihen fest geschlossen haben Deutschlands mächtige Chemie-Unternehmen gegen die von der Chemie-Gewerkschaft in Hessen geforderte „moderne Tarifpolitik“.

„Jetzt und in Zukunft nicht“, so tönte der „Arbeitsring Chemie“, der Interessenverband der Chemie-Arbeitgeber, am Donnerstag letzter Woche, werde man sich dem Ansinnen der IG Chemie-Papier-Keramik in Hessen beugen. Denn neben den üblichen

Statt wie bisher im Schlagabtausch mit den Unternehmern lediglich global für alle Arbeitnehmer um mehr Stundenlohn-Pfennige und höhere Gehalts-Prozente zu feilschen, will Fabian das bisher übliche System aller Tarifverhandlungen und -abkommen umstürzen, das sogenannte Geleitzugsystem.

Nach dessen Spielregeln orientierte sich der Kampf um neue Lohn- und Gehaltssätze stets an jener Mini-Marge, die das schwächste Glied der Unternehmerriege gerade noch verkraften konnte. Die Folge: Die weit über dem Branchenschnitt florierenden Großfirmen überstanden das Gerangel stets relativ ungeschoren; „sie hatten immer weniger zu zahlen, als sie hätten zahlen können“ (Fabian).

Die eingeplanten, aber gesparten Beiträge machten es den Unternehmen möglich, eine hausinterne Lohn- und Gehaltspolitik zu treiben. Je nach der Lage auf dem Arbeitsmarkt konnten sie die Tariflöhne freiwillig aufstokken oder mit Sozialzugaben, etwa Weggeld oder Jahresbonus, anreichern.